

FORUM

Die Geber dürfen nicht wegschauen

Die Weltbank soll die Armut vermindern. Aber allzu oft verliert sie dieses Ziel aus dem Blick VON KORINNA HORTA

Viele Unternehmen der privaten Wirtschaft bemühen sich heute um ethische Handlungsmaßstäbe. Aber ausgerechnet dort, wo Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung als oberste Ziele genannt werden, nämlich bei öffentlich finanzierten Entwicklungsbanken wie der Weltbank-Gruppe, gibt es weiterhin erhebliche Defizite an sozialer Verantwortung.

Die International Finance Corporation (IFC) ist eine im Privatsektor tätige Tochter der Weltbank. Weil der Privatsektor der Motor von Entwicklung sein soll, gewinnt die IFC zunehmend an Einfluss innerhalb der Weltbank. Sie ist die größte globale Entwicklungsinstitution mit Fokus auf die private Wirtschaft. Allerdings besteht eine Kluft zwischen den erhabenen Zielen und der Realität des täglichen Geschäfts. Das belegt ein Prüfungsbericht der internen, aber unabhängig agierenden Kontrollstelle CAO (Compliance Advisor Ombudsman).

Danach hat die IFC mit einem Kredit an den Palmölproduzenten Dinant im Nordosten von Honduras massiv gegen die eigenen Sozial- und Umweltstandards verstoßen. Die betroffenen Kleinbauern wurden weder informiert noch konsultiert und schon gar nicht geschützt, während Großgrundbesitzer Dinant Millionensummen kassierte. Dabei ist das Unternehmen für skrupellosen Landraub bekannt, bei dem auch Menschen getötet wurden.

Dinant profitierte auf zweifache Art, von dem Kredit und davon, dass die IFC 70 Millionen Dollar in die Finanzfirma Ficohsa investierte, bei der Dinant drittgrößter Kunde ist.

Mittlerweile macht die Kreditvergabe über Finanzfirmen fast die Hälfte des IFC-Geschäfts aus. Aber weiß die IFC, ob diese Gelder effektiv dazu beitragen, Armut zu reduzieren? Im Februar 2013 veröffentlichte die Kontrollstelle CAO eine Untersuchung dazu mit verheerenden Resultaten: Die IFC wisse kaum etwas über die Umwelt- und Sozialauswirkungen ihrer Investitionen in Finanzunternehmen wie Private Equity Funds und Geschäftsbanken.

Im Dezember kündigte die IFC striktere Regeln an, nachdem publik geworden war, dass ein früherer IFC-Direktor und ein Vizepräsident zu Unternehmen gewechselt waren, denen sie zuvor mit öffentlich garantierten Geldern geholfen hatten.

Wenn Probleme der IFC in die Öffentlichkeit kommen, reagiert sie immer gleich: Dies seien Einzelfälle, Schnee von gestern, längst seien Richtlinien verbessert worden. Aber es sind keine Einzelfälle. CAO-Berichte und andere Untersuchungen zeigen ein tiefer sitzendes Problem, das die ganze Weltbank-Gruppe betrifft: eine institutionelle Kultur, in der der eigene ökonomische Erfolg, gemessen an der Quantität der abgeflossenen Gelder, oberste Priorität hat, unabhängig davon, ob die Ziele der Armutsreduzierung erreicht werden oder nicht – oder gar das Gegenteil eintritt. Niemand wird zur Verantwortung gezogen.

Ein Beispiel ist das Erdölprojekt im Tschad mitsamt einer Pipeline durch das benachbarte Kamerun. Es sollte ein Modell für Public-private-Partnerships sein und zeigen, wie die Weltbank gemeinsam mit dem Ölkonzern ExxonMobil Armut in einem der ärmsten Länder Afrikas verringert. Nach einer Gesamtinvestition von sieben Milliarden Dollar ist der Tschad nun schon seit zehn Jahren Erdölexporteur.

Aber die sozialen Indikatoren des Landes haben sich verschlechtert. Dramatisch ist die Situation in der Région, wo das Erdöl gewonnen wird. Dort haben die Menschen kein Land, kein Wasser und aufgrund der Militarisierung des Gebiets keine Bewegungsfreiheit. Eine Studie der Weltbank ergab, dass es nicht gelungen ist, die Armut zu reduzieren. Die Regierungsführung habe sich verschlechtert, womit massive Korruption und Menschenrechtsverletzungen gemeint sind.

Erstaunlich ist, dass eine im Oktober 2013 verkündete neue Weltbank-Strategie zur Armutsbekämpfung Elemente als Neuheiten nennt, die schon im Tschad-Projekt eine Rolle gespielt haben. Aus dem Debakel hat man nichts gelernt.

Als eines der wichtigsten Geberländer müsste Deutschland seinen Einfluss auf die Weltbank ausüben, damit Menschenrechte in den Vordergrund rücken.



Foto: privat

Korinna Horta arbeitet für die Umwelt- und Menschenrechtsorganisation Urgewald